

Marzahn- Hellersdorf *links*

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

Seite 2: In eigener Sache: / Selbstbestimmungsrecht der Frau - selbstverständlich!?

Seite 3: Petra Pau: Nachhole-Blick und Vorsorge-Pflicht / Treffpunkt Eiskeller / Behindert in der Bundesrepublik

Seite 4: Spendenaufruf / BVV im Oktober:

Zweifelhaftes Gedenken / Aus dem Bezirksvorstand

Seite 5: Wolfgang Brauer: Kulturpolitik neu denken! / Bjoern Tielebein: IGA sozial gestalten

Seite 6: Tag der Regional- und Heimatgeschichte / Aus den Siedlungsgebieten: Situa-

tion Areal Wernerbad / Biesdorf 1933-1945

Seite 7: Zur Person: Loay Alhamedi / Aus Berliner Geschichte und Notizbuch geplaudert

Seite 8: Termine und Veranstaltungen / Hinten links: Immer wieder Greece

Menschen in Not – wir helfen!

„Marzahn-Hellersdorf für alle“ - unter diesem Leitsatz engagieren sich unsere Bezirkspartei und BVV-Fraktion für einen sozialen und solidarischen Bezirk. Wir verstehen darunter, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem sozialen Status, ihrer Herkunft, ihrer individuellen Lebensweise und ihrem Alter in Marzahn-Hellersdorf wohlfühlen können, dass in den Stadtteilen Jugendeinrichtungen und soziale Stadtteilzentren, Bibliotheken, Galerien, Grünanlagen, Schulen und Kitas für alle Menschen offen sind und sie in allen wichtigen Angelegenheiten mitbestimmen können.

Immer wieder versuchen Anti-Demokraten Menschen in Not gegeneinander auszuspielen. Wohnungslose Menschen gegen Geflüchtete, Sozialleistungsempfänger gegen Menschen mit Niedriglohn-Jobs. Und in der vermeintlichen „Mitte“ der Gesellschaft tauchen immer wieder Ansätze auf, sozial benachteiligte

Menschen zu diskreditieren und ihnen das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe abzusprechen, da sie angeblich keinen oder nur einen geringen Beitrag leisten würden.

Für uns als DIE LINKE ist klar: Wir streiten

für Solidarität zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in unserem Bezirk. Menschen in Not – unabhängig von ihrem persönlichen Hintergrund – haben das Recht auf bezahlbaren Wohnraum, auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, auf gute Bildung und erstklassige gesundheitliche Versorgung. Ein Gegeneinander kann und darf es dabei nicht geben. Denn die Ursachen sozialer Benachteiligung und Not liegen nicht in einer angeblichen Bevorzugung anderer prekär lebender Menschen, sondern in der ungleichen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Die Solidarität vieler Menschen für Geflüchtete ist weiterhin groß.

So ist die Idee, die vielen Sachspenden zentral zu sammeln, zu sortieren, zu reinigen und an bedürftige Menschen des ganzen Bezirkes auszugeben, nur folgerichtig. Unsere Sozialstadträtin Dagmar Pohle engagiert sich deshalb gerade für eine zentrale Spendeneinrichtung. Außerdem hat sie sich bei der Umsetzung dieses Projektes besonders dafür eingesetzt, dass es ein Projekt für alle Menschen in Not wird – egal ob wohnungslos oder geflüchtet, Hartz-IV-Empfängerin oder -Empfänger, sozial benachteiligte Rentnerin oder sozial benachteiligter Rentner. Denn linke Solidarität kennt keine Nationalität, Herkunft oder Hautfarbe.



Fluch und Flucht

Fluch der Ungleichbehandlung durch Bundespolitik

ostdeutsche Wirtschaftsflüchtlinge, die Demokratie mit DM-kratie verwechselten

wusch sie rein zu politischen Flüchtlingen

keine begriffliche Falschmünzerei

bei ausländischen Wirtschaftsflüchtlingen

können nicht ablenken

vom Kapitalismus-Schmutz des eigenen Staats

Jürgen Riedel

DIE LINKE.

Bjoern Tielebein

Vorsitzender der Linksfraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf

In eigener Sache

Am 28. November werden der Bezirksvorstand und die Finanzrevisionskommission neu gewählt, so schnell ist die Legislaturperiode von zwei Jahren vergangen. Die Hauptversammlung wird auch die Mitglieder des Berliner Landesausschusses und die Bundesparteitage delegierten neu zu wählen haben.

Beschlüsse zur Einberufung der Hauptversammlung am 13. Februar, auf der wir unser Bezirkswahlprogramm verabschieden werden und zur Einberufung der Vertreter*innenversammlungen am 14. Februar, in denen wir unsere Direktkandidat*innen für die Wahlkreise nominieren und die Aufstellung unserer kommunalen Bezirksliste vornehmen, sind durch den Bezirksvorstand gefasst.

Außerdem sind dann auch unsere Vertreter*innen für die Landesvertreter*innenversammlung zur Aufstellung der Landesliste zum Abgeordnetenhaus zu wählen. Also Wahlen, Wahlen, Wahlen.....

Aber das muss sein, Landeswahlgesetz und die Satzung unserer Partei legen diese Vorgehensweise fest. Nicht genug damit, für alle diese Versammlungen wurden in den letzten Wochen in den Wahlgemeinschaften die Delegierten und die Vertreter*innen gewählt. Das Bezirkswahlbüro ist konstituiert, eine Arbeitsgruppe aus Fraktion und Bezirksvorstand arbeitet am Entwurf für unser Bezirkswahlprogramm.

In den zurückliegenden zwei Jahren hat die LINKE in Marzahn/Hellersdorf nicht nur an Bewährtem festgehalten, sie ist auch neue Wege gegangen. In der Partei ist die Diskussion zur Struktur abgeschlossen worden. Die

Wahlkreise wurden zu Zentren der politischen Arbeit unter Beibehaltung der Basisorganisationen bestimmt. In allen Wahlkreisen treffen sich die Mitglieder zu Wahlkreisversammlungen. Diese sind Foren zur Information und Diskussion, hier werden Ideen geboren und ihre Umsetzung koordiniert. Das sind gute Voraussetzungen für einen wirksamen Wahlkampf. Unsere Abgeordneten Regina Kittler, Manuela Schmidt, Gabriele Hiller und Wolfgang Brauer mit ihren Wahlkreisbüros, (auch das ist ein Novum) sind dabei eine große Hilfe.

Ein Blick auf die Vielzahl von Veranstaltungen, regelmäßige Sprechstunden, Presseerklärungen und Veröffentlichungen begründet das hinreichend. Ja, die LINKE ist näher an die Bürger*innen und die kommunalpolitischen Probleme gerückt.

Unsere BVV-Fraktion hat mit den Zeitungen, zuletzt zur Wohnungspolitik, ebenfalls neue Wege beschritten. 50.000 Haushalte mehrmals im Jahr zu erreichen, ist nicht wenig. All dieses gehört zur Bilanz der letzten Legislaturperiode.

Seit der Kommunalwahl 2011 ist die LINKE in der BVV gemeinsam mit den Piraten in der Opposition. Ihr steht eine Koalition aus SPD/CDU und Bündnisgrünen gegenüber.

Dennoch ist es uns gelungen, wichtige Anträge durchzusetzen. Ohne uns gäbe es den Bürgerhaushalt in dieser Form nicht mehr.

Ohne uns gäbe es die Möglichkeit von Einwohnerversammlungen nicht mehr, die Koalition hatte sie abgeschafft.

Unsere Fraktion begleitet das Amtshandeln kritisch, ob bei Haushaltsdebatten, Bürgerämtern, Personalabbau, Frauensporthalle, Bildung, TVO oder IGA. Die LINKE ist nicht nur ein Korrektiv, sie ist initiativ. Sie hat sich

kommunalpolitisch profiliert. Ohne das Agieren unserer Fraktion und der Piraten gerieten die Bezirksverordnetenversammlungen zur kritiklosen Selbstbespiegelung der Koalition. Als stärkste Partei und Fraktion muss die LINKE 2016 die Bürgermeisterin/den Bürgermeister stellen.

Dagmar Pohle und Julia Witt sind profilierte Kommunalpolitikerinnen. Die Arbeit der Stadtteilzentren, das Funktionieren der Bibliotheken, eine lebendige Kulturszene, das Schloss Biesdorf sind nur einige Beispiele für ihr Wirken.

Und: Ohne das Engagement von Dagmar Pohle wäre die Einrichtung der Unterkünfte für Geflüchtete so nicht möglich gewesen. Auch ohne die ehrenamtlichen Helfer*innen, darunter viele Mitglieder der LINKEN, nicht.

Und ohne sie alle auch nicht der Protest gegen die Heimgegner. Unsere Abgeordneten, Bezirksverordneten, allen voran der Fraktionsvorsitzende Björn Tielebein, unsere Bundestagsabgeordnete Petra Pau und Mitglieder aus Basisorganisationen standen und stehen gegen Fremdenfeinde und Rechtsextreme in der ersten Reihe. Auch das Zusammenwirken aller demokratischen Parteien bei Gegenprotesten und im Bündnis hätte ohne uns so nicht stattgefunden.

Nichts ist so gut, dass man es nicht besser machen könnte. Der neu zu wählende Bezirksvorstand wird den politischen Prozess der Wahlen inhaltlich und personell weiter vorzubereiten und zu führen haben. Dafür braucht er neben Kontinuität auch die Bereitschaft, sich neu in diese Verantwortung einzubringen. Und dazu sei zum Schluss aufgerufen.

Norbert Seichter
Bezirksvorsitzender

Selbstbestimmungsrecht der Frau - selbstverständlich!?

Das Selbstbestimmungsrecht der Frau und Informationen über Beratungs- und Hilfsangebote für junge Mädchen standen im Mittelpunkt des Film- und Gesprächsabends „Cyankali“, zu dem Wolfgang Brauer und das Haus der Begegnung M3 in der Mehrower Allee 3 am 29. September eingeladen hatten.

Noch immer steht der umstrittene § 218 im Strafgesetzbuch. Der Schwangerschaftsabbruch wird in Deutschland mit Freiheitsstrafe bedroht. Die Strafandrohung für Arzt und Schwangere hat jedoch zahlreiche Ausnahmen und Grenzen. Es gilt die sogenannte Fristenlösung mit Beratungspflicht und Indikationen.

Doch wo können sich junge Mädchen und Frauen beraten lassen, wo bekommen sie Hilfe, z.B. auch ohne bei Minderjährigkeit ihre Eltern informieren zu müssen? Welche Bedingungen braucht es, um erfolgreich Kinder aufzuziehen?

Ein Thema, das dem Abgeordneten schon lange auf den Nägeln brennt, die Aktualität, einschließlich mangelnder Unkenntnis über

Verhütungsmethoden bei Jugendlichen, können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom M3 bestätigen.

„Ungeplante oder ungewollte Schwangerschaft ist auch heute für viele junge Menschen ein Problem. Viele wissen nicht, was sie dann tun sollen und wer ihnen helfen kann, das Kind zu bekommen - oder aber die Schwangerschaft medizinisch betreut zu beenden“, sagt Wolfgang Brauer.

Eingangs informierte er kurz über den Schriftsteller Friedrich Wolf, der das Stück „Cyankali“ geschrieben hat. Im Berlin von 1929 herrschen Arbeitslosigkeit und Armut. Zwei Menschen lieben sich, die junge Frau wird schwanger und will in ihrer Verzweiflung das Kind nicht zur Welt bringen. Doch keiner hilft ihr. Sie stirbt schließlich an den Folgen der missglückten Abtreibung. Nach der eindrucksvollen Verfilmung von Jurij Kramer aus dem Jahre 1977 diskutieren Veranstalter, Diskutantinnen aus Medizin, Sexual- und Gesundheitsberatung und Politik mit den erwachsenen Gästen. U.a. war zu erfahren, dass es für Ärztinnen und Ärzte, die Abtrei-

bungen vornehmen, berufliche Nachteile geben kann, so dass sich nicht wenige verweigern. Nach dem Gesetz zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten ist niemand zur Mitwirkung an einem Schwangerschaftsabbruch verpflichtet. In der DDR war der § 218 samt seiner „Nebenwirkungen“ abgeschafft.

Insgesamt „ein lehrreicher Abend“ resümiert Wolfgang Brauer und zieht folgendes Fazit: Unsere Gesellschaft ist komplizierter geworden, die bisherigen Erklärungsmuster funktionieren immer weniger. Die Herausforderungen für eine kluge - also linke - Politik sind erheblich größer als noch vor zehn, fünfzehn Jahren.“

Schade, dass nur wenige junge Menschen der breiten Einladung gefolgt waren. Ein herzliches Dankeschön an unsere Sozial- und Gesundheitsstadträtin Dagmar Pohle, Dipl.med. Bettina Möckel, Dr. Ines-Petra Scheibe, Dr. med. Christiane Tennhardt und das Team vom M3.

Sabine Behrens

Petra Pau (MdB): Nachhole-Blick und Vorsorge-Pflicht

Nun also doch: Im Bundestag wird es erneut einen Untersuchungsausschuss zur NSU-Nazi-Mordserie geben. Darauf haben sich die Fraktionen von CDU/CSU bis LINKE geeinigt. Anfang November soll er eingesetzt werden.

Zur Erinnerung: Ein Nazi-Trio namens „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) war über zehn Jahre lang raubend und mordend durch Deutschland gezogen, angeblich unerkannt und unbehelligt. Am 4. November 2011 flog die Clique überraschend in Eisenach auf. Von Februar 2012 bis September 2013 war ich Obfrau für DIE LINKE im ersten Untersuchungsausschuss. Seine Arbeit endete mit der Neuwahl zum Deutschen Bundestag. Das Resümee war über alle Fraktionen hinweg

einhellig: totales Staatsversagen, vielfach belegbar! Aber nicht alle Fragen konnten geklärt werden, neue kamen inzwischen hinzu. Zum Beispiel diese: Rund um das Kern-Trio hatten die Sicherheitsbehörden, allen voran die Ämter für Verfassungsschutz, Dutzende V-Leute angeheuert, also bezahlte Nazi-Spitzel in Staatsdiensten. Und keiner soll je verwertbare Hinweise über den Verbleib und die Umtriebe von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe geliefert haben? Und wenn doch: Wer unterschätzte oder unterschlug diese? Und warum?

Die Zeit im ersten Untersuchungsausschuss war begrenzt. Noch beschränkter war allerdings das Erinnerungsvermögen politisch und amtlich Verantwortlicher für das Er-

mittlungsdesaster. Ich sprach damals von Schwarmdemenz. Das betrifft übrigens auch Entwicklungen seit November 2011. Damals wurde im Bundesamt für Verfassungsschutz kurzum eine 100-köpfige NSU-Sondergruppe gebildet. Auch das wurde dem ersten Untersuchungsausschuss verschwiegen - mit welchem Kalkül? Die Liste der offenen Fragen würde das Limit dieses Artikels sprengen.

Aber es geht mir im neuen Untersuchungsausschuss nicht nur um einen Nachhole-Blick, sondern auch um eine Vorsorge-Pflicht. Das Nazi-Trio wurde Anfang der 1990er Jahre sozialisiert und radikalisiert. Seinerzeit grassierte Hass auf Ausländer, täglich gab es gewalttätige Angriffe auf ihre Heime oder Wohnungen - wie jetzt wieder. Die rechtsterroristische Gefahr ist nicht gebannt, im Gegenteil. Auch deshalb muss weiter untersucht werden.

23. Politischer Frühschoppen : Treffpunkt Eiskeller

Außergewöhnlich begann dieser 23. Politische Frühschoppen mit Regina Kittler: Die Biesdorfer Revierleiterin des Gartenbauamtes, Margret Schwedesky, lud ein zur Besichtigung des einstigen Eiskellers im Biesdorfer Schlosspark. Es ist schon erstaunlich, was sich da unter der geschwungenen Treppenanlage im südlichen Park verbirgt. Durch eine schmale Tür gelangt man in Kellerräume, die in



einen siebeneinhalb Meter tiefen Schacht von 3,80 m Durchmesser, den eigentlichen Eiskeller, münden. Auch wenn da längst kein Eis mehr kühlt - die Fledermäuse nutzen das Angebot gern für ihre Überwinterung.

Von ganz anderen Themen wusste dann Regina Kittler beim eigentlichen Frühschoppen in der „Gelben Villa“ zu berichten: Sie trug Informationen der stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle zu allen im Bezirk befindlichen Gemeinschafts- und Notunterkünften vor. Bisher mussten noch keine Geflüchteten in unserem Bezirk in Zelten oder Turnhallen untergebracht werden. Aber noch immer steht der großen Hilfsbereitschaft und Einsatzfreude vieler Ehrenamtlicher die zögerliche und unzureichende Organisationsarbeit des Senates gegenüber, der viele Aufgaben, die er erfüllen müsste, den Ehrenamtlichen überlässt. Regina Kittler forderte deutlich, dass sich das ändern muss. Während sich in Marzahn-Hellersdorf die LINKEN, die Piraten und die Grünen stark engagieren, halten sich CDU und SPD größtenteils sehr zurück. Und gerade die stehen doch in Regierungsverantwortung ...

Da passten dann auch gut die Lieder von und mit Wolfgang Reuter hinein, ob das energische „Marzahn bleibt bunt!“ oder das provokato-

rische „Nichts zu tun?“. Und natürlich erklang auch wieder die „heimliche Marzahn-Hymne“: Da liegt Marzahn!

Schließlich kam Regina Kittler auf den künftigen Berliner Doppelhaushalt für 2016/17 und die Situation an den Schulen zu sprechen. Beides kritisierte sie. Die steigenden Haushaltsmittel decken zwar die steigenden Ausgaben für die wachsende Zahl von Schülern und Schülerinnen, aber entscheidende bildungspolitische Aufgaben werden dadurch nicht gelöst. So wird die inklusive Schule genauso verschoben wie ein nachhaltiger Abbau des „Sanierungsstaus“. Jüngstes Opfer fehlender rechtzeitiger Sanierung ist die Kaulsdorfer Achard-Schule, die wegen Baufälligkeit kurzfristig zum Schuljahresbeginn geschlossen wurde. Die Schüler werden

Behindert in der Bundesrepublik

Ich hab im vorigen oder Anfang dieses Jahres, ich weiß es nicht mehr genau, eine Petition unterschrieben unter dem Titel: „Recht auf Sparen und für ein gutes Teilhabegesetz“.

Jetzt lese ich auf einem Internetportal in einem Blog der Journalistin Christiane Link: Zwei Jahre lang haben die Initiatoren für ihre Petition geworben und konnten der Ministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles (SPD), jetzt mehr als 280.000 Unterschriften überreichen. Und die Zahl der Unterstützer steigt weiter an.

Die Petition tritt dafür ein, dass auch Menschen, die auf Assistenz im Alltag angewiesen sind und dafür Geld vom Staat erhalten, das Recht bekommen zu sparen. In Deutschland werden voll berufstätige Menschen mit Behinderungen daran gehindert, zu sparen. Sie dürfen nicht mehr als 2.600 Euro auf dem Konto haben. Danach wird alles abgezogen, wenn sie Geld zur Finanzierung ihrer Assistenz erhalten. Aber ein behinderter Mensch zahlt ebenso Steuern und Abgaben. Darüber hinaus zieht der Staat aber bis zu 40 Prozent des Einkommens zusätzlich ab, wenn er oder sie auf Assistenz angewiesen ist. Die Petition fordert, dass auch Menschen mit Behinderungen ein angemessenes Gehalt für sich behalten dürfen, wenn sie arbeiten und wegen ihrer Einschränkungen Assistenzleistungen in Anspruch nehmen müssen.

seitdem täglich per Bus nach Marzahn-Nord gekarrt. Das alles zeigt, wie dringend wir ein Schul-Neubau-Programm brauchen, genauso wie neue Kitas - und dies alles natürlich einschließlich neuer Erzieher/innen und Lehrkräfte.

Der beschlossene Haushalt für das nächste Jahr weist zwar ein Plus von einer halben Milliarde Euro dafür aus; aber das dürfte angesichts der jahrelangen Vernachlässigungen nicht mal den sprichwörtlichen Tropfen auf den heißen Stein hergeben. Für einen Schulneubau rechnet der Senat von der Planung bis zu Einweihung sieben Jahre. Da weiß man doch, wie schnell das Problem gelöst werden kann. Schneller als das Problem Neuer Flughafen? ... fragt sich ...

Peter Kolbe.

Das alles könnte im neuen Teilhabegesetz geregelt werden, das die Politik zwar vollmundig angekündigt hat, aber dessen Entwurf weiter auf sich warten lässt. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung hatte man sich darauf verständigt, die Leistungen an Menschen mit Behinderungen aus dem bisherigen „Fürsorgesystem“ herauszuführen und die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterzuentwickeln.

Ursprünglich sollte ein erster Gesetzentwurf Mitte dieses Jahres vorgelegt werden, aber bislang ist das nicht geschehen. Und ob dann wirklich Assistenzleistungen von der Sozialhilfe, die die Einkommens- und Vermögensbeschränkung regelt, abgekoppelt werden, ist derzeit auch nicht sicher.

Dabei geht es de facto um die Entscheidung, ob behinderte Menschen, die auf Assistenz angewiesen sind, weiter in der Armutsfalle bleiben, nichts für ihre Rente ansparen dürfen, sich keinen Urlaub gönnen oder größere Anschaffungen tätigen dürfen. Es stellt sich also die Frage, bleibt gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen eine Floskel, oder schlägt sie sich auch in Gesetzen nieder?

Sabine Schwarz

Behindertenpolitische Sprecherin
Linksfraktion M-H

Kurz informiert: Aus dem Bezirksvorstand

In diesem Monat geht die Legislaturperiode des am 16. November 2013 gewählten Bezirksvorstandes zu Ende. Die Bilanz wird auf der Hauptversammlung gezogen, aber ich erlaube mir hier mal einen persönlichen und logischerweise fragmentarischen Rückblick auf zwei Jahre Bericht „Aus dem Bezirksvorstand“.

Da waren die Wahlen zum Europaparlament und gleichzeitig der Volksentscheid über das Tempelhofer Feld. Um letzteren haben wir uns weniger gekümmert – aber mir scheint, der völlige Verzicht auf jegliche Bebauung war wohl keine optimale Lösung. Es gab eine Parlamentsreform, die es unter anderem ermöglichte, dass die Abgeordneten Büros einrichten und Mitarbeiter_innen beschäftigen. Das wurde von unseren Abgeordneten schnell und gut genutzt – die Büros haben sich schnell zu gesellschaftlichen Zentren entwickelt. Die IGA 2017 war (und ist) ein Dauerthema, durchaus kontrovers diskutiert, aber die IGA wird in jedem Fall nachhaltigen Einfluss auf unseren Bezirk haben. Und wir haben nach langer Debatte einen Beschluss über die Organisationsstruktur unseres Bezirksverbandes gefasst.

Aber seit November 2014 hat es ein übergreifendes Thema gegeben, das sich durch alle Sitzungen des BV zog: die Flüchtlingsproblematik (nein, ich schreibe nicht wie fast alle Medien „Flüchtlingskrise“ – aber das ist ein anderes Thema). Nach meiner Ansicht hat



Quelle: www.campact.de

unser Bezirk nach einem „Fehlstart“ 2013 hier gute Arbeit geleistet. An dieser Situation war und ist DIE LINKE als Partei und sind viele ihrer Mitglieder ganz persönlich wesentlich beteiligt. Aber trotzdem sind wir gerade erst dabei, das Problem richtig zu erfassen. Mich erinnert das an die Äußerung eines Vertreters aus Bangladesch auf einer Klimakonferenz, der bezüglich des steigenden Meeresspiegels den Europäern sagte: „Ihr werdet das Problem erst verstehen, wenn wir mit nassen Füßen in eurem Wohnzimmer stehen“. Um nasse Füße geht es weniger, aber die Flüchtlinge stehen mit ihrem bescheidenen Gepäck sozusagen in unserem Wohnzimmer, und wir beginnen, über die Ursachen nachzudenken. Mit deren Beseitigung haben wir noch nicht mal begonnen.

Alles Gute für den „neuen“ Bezirksvorstand – es gibt genug Arbeit.

Bernd Preußer

Spendenauf Ruf

Jedes Jahr veranstalten wir für geflüchtete und wohnungslose Kinder in der Otto-Rosenberg-Straße eine Weihnachtsfeier. Im festlich geschmückten Saal im Don-Bosco-Zentrum Marzahn heißen wir sie mit ihren Familien bei Kakao und Kuchen willkommen und überreichen jedem Kind ein individuelles und liebevoll ausgesuchtes Geschenk. Die von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern des Bezirksverbandes und der Fraktion DIE LINKE Marzahn-Hellersdorf organisierte Feier finanziert sich über Spenden. Diese werden bis Ende November im Linken Treff oder über folgendes Konto dankend entgegengenommen:

BV DIE LINKE Marz.-Hell.

IBAN: DE88 1005 0000 2193 8281 67

Konto: 2193828167

Verwendungszweck ist immer: MH Spende, Vorname Name, Anschrift

Auch über Sachspenden wie Spielsachen oder Kinderbücher freuen wir uns, bitten aber darauf zu achten, dass es sich um **Neuware** handelt.

Wer beim Einpacken der Geschenke helfen möchte, kann sich gern bei mir über den LINKEN Treff melden:

Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Telefon 030 5412130,

bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de; Öffnungszeiten: Mo 13–17, Di 10–17, Do 13–18, Fr 10–13 Uhr.

Wenn die eingenommenen Spenden die Kosten für die Weihnachtsfeier übersteigen, werden wir damit Projekte für Kinder in weiteren Unterkünften für Geflüchtete in Marzahn-Hellersdorf unterstützen.

Sarah Fingarow

BIC-/SWIFT-Code: BELADEVXXX

BLZ: 100 500 00 Berliner Sparkasse

Zweifelhaftes Gedenken

Die Oktober-Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf begann mit einer Feierstunde anlässlich des 25. Jahrestages der deutschen Einheit. Als Redner war Günter Nook – ehemaliger DDR-Bürgerrechtler und heute CDU-Mitglied und Afrika-Beauftragter der Bundeskanzlerin – geladen. Von der mit existenzialistischem Pathos vorgetragene Frage wer „wir Deutsche“ denn heute seien, ging Nook dazu über, die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin in Frage zu stellen und forderte dann auf, sich als Christ der Auseinandersetzung mit dem Islam zu stellen – PEGIDA lässt grüßen. Nach Auffassung Nooks waren für die deutsche Einheit eigentlich nur CDU-Mitglieder verantwortlich.

Beim Bericht aus dem Bezirksamt verkündete unsere Bezirksstadträtin Dagmar Pohle – stellvertretend für Herrn Komoß, der vor der BVV noch mit anderen Bezirksamtskolleginnen und -kollegen die Jugendberufsagentur Marzahn-Hellersdorf eröffnet hatte –, dass es auch in diesem Jahr wieder am Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen, am 25. November, die Aktion „Gewalt kommt nicht in die Tüte“ in den Kaiser’s-Filialen in der Neuen Grottkauer Straße und am Helene-Weigel-Platz geben werde. Auch die Flagge von TERRE DES FEMMES wird wieder gehisst.

Auf unsere Große Anfrage zum Preisgefüge bei der IGA 2017 antwortete Bezirksstadtrat Gräff, dass die Rabattierung der Eintrittspreise doch sehr gelungen sei. Die Linksfraktion kritisiert, dass es vor allem für Schüler*innen ab 18 Jahren, Studentinnen und Studenten, Schwerbeschädigte und alle, die keinen Berlin-Pass haben, nur 2 Euro Ermäßigung gibt. Unser Antrag dazu wurde in den Ausschuss für Gleichstellung und Menschen mit Behinderungen, den Hauptausschuss und den Ausschuss für Umwelt, Natur und Lokale Agenda 21 überwiesen.

Auf eine SPD-Anfrage zum Thema Koordination der Flüchtlingshilfe antwortete Dagmar Pohle und gab bekannt, dass aktuell weit

über 400 registrierte Ehrenamtliche im Bezirk helfen – verwaltet durch die Freiwilligenagentur und in Kooperation mit den drei Notunterkünften Betreibenden. In künftigen Verträgen mit den Trägern soll auch jeweils eine Stelle für die Ehrenamtskoordination geschaffen werden. Bis Anfang November soll eine zentrale Spendenannahmestelle eingerichtet sein. In allen drei Notunterkünften gibt es mittlerweile Duschcontainer und Vollverpflegung durch Caterer. Unser Fraktionsvorsitzender Bjoern Tielebein dankte Dagmar Pohle für ihr Engagement und ergänzte, dass die zentrale Kleiderkammer für ALLE Menschen in Not da sein wird. Zudem mahnte er an, dass wir sowohl den Geflüchteten, als auch den Unterstützerinnen und Unterstützern zur Seite stehen und den Feinden von Demokratie und Toleranz entgegenzutreten müssen. Auch in dieser Sitzung störten und fotografierten Neonazis die BVV-Sitzung und wurden schließlich durch die BVV-Vorsteherin des Saales verwiesen.

Weitere Meldungen aus der BVV:

- Die Linksfraktion nahm an der Abstimmung zum Initiativantrag (Ds. 2083/VII-1) der SPD nicht teil. Die SPD will das Beratungsverfahren zur Auswahl eines Trägers des Stadtteilzentrums Mahlsdorf-Süd zu einer politischen Veranstaltung machen, bei der ein ihr genehmer Träger den Zuschlag erhält.
- Unsere Große Anfrage zu finanziellen Mitteln zur Förderung des Vereinssports wurde Anlass für eine polemische Diskussion um die Frauensporthalle im Freizeitforum Marzahn, bei der Schul- und Sportstadtrat Komoß (SPD) sein gescheitertes Projekt verteidigte und unserer Verordneten Sarah Fingarow vorwarf, gegen die Förderung des Frauensports im Bezirk zu sein.
- Genosse Jens Braumann wurde zum stellvertretenden Bürgerdeputierten für den Ausschuss für Schule und Sport gewählt.

Thomas Braune

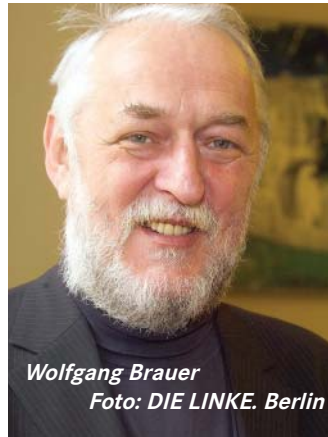
Wolfgang Brauer (MdA): Kulturpolitik neu denken!

In diesen Wochen wird der Doppelhaushalt 2016/2017 beraten. Dieser Etat ist ein Wahlkampfhaushalt und wird im nächsten Herbst neu verhandelt werden müssen.

Das zeigt sich auch beim Kulturetat: Die Koalition pflegt alles, was Glanz und Glamour verspricht. Einzelnen Abgeordneten – vor allem im Südwesten der Stadt... – billigt man Gutes für die Wahlkreise zu. Der Rest heißt „Weiter so!“. Die Kulturinstitute sind – mit Ausnahmen, der Glanz... – nicht ausfinanziert. Die Kinder- und Jugendtheater werden sträflich vernachlässigt. Die Bezirke mit den Bibliotheken allein gelassen. Der bitter notwendige Neubau für die Landesbibliothek ist auf die lange Bank geschoben – und nach den Banausen-Vorstellungen des Senates nur um den Preis einer drastischen Bestandsreduzierung zu haben. Die Versprechen an die freien Künstlerinnen und Künstler dieser Stadt erweisen sich immer mehr als Schall und Rauch. Natürlich wurden alle unsere Änderungsvorschläge, teils ohne Diskussion, abgelehnt. Die Anträge der Koalition wurden oft nicht einmal erläutert. Es wird Zeit für Neuwahlen!

Die Berliner Kulturpolitik gehört vom Kopf wieder auf die Füße gestellt. Nötig ist ein Landeskulturgesetz, das die landesweiten und die bezirklichen Pflichtaufgaben festlegt. Dazu gehören gemeinsam mit den Bezirken – und nicht gegen sie – vereinbarte kulturelle Mindeststandards. Für deren Finanzierung

muss das Land aufkommen. Das könnte beispielsweise die Grundstruktur der Bezirkskultur sein (Museen, Musikschule, Jugendkunstschulen, kommunale Galerien, Bibliotheken). Damit kämen die Kultureinrichtungen aus dem Teufelskreis der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) heraus, ohne diese grundsätzlich in Frage zu stellen. Es gibt Bereiche, in denen die KLR Sinn macht. Die bezirklichen Kulturpolitiker könnten sich endlich wieder ver-



stärkter gestaltenden Aufgaben zuwenden. Und was immer nötiger wird: Sowohl die materiellen (ständig steigende Eintrittspreise) als auch die nichtmateriellen (zunehmend auseinanderdriftende Bildungsvoraussetzungen, die sich immer mehr an der Geldbörse festmachen...) Zugangshürden müssen wieder abgebaut werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass für die Oberschichten dieser Stadt die Hochkultur im City-Bereich anstandslos steuerfinanziert wird, während die Basiskultur zum Beispiel in Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Reinickendorf um jeden Cent betteln muss. Auf dieser Grundlage haben wir für das Wahlprogramm einen Vorschlag entwickelt, der Berliner Kulturpolitik grundsätzlich neu denken will.

Einladung

Der **Ernst-Busch-Chor Berlin** lädt zu seinen **Weihnachtlichen Konzerten** ein:

• **5.12.2015 um 15.00 Uhr, Münzenbergsaal im Bürogebäude, Franz-Mehring-Platz 1, Eintrittspreis: 5 Euro** (Kartenverkauf nur am Veranstaltungstag)

• **6.12.2015 um 17.00 Uhr, Evangelische Paul-Gerhardt-Kirchengemeinde, Am Tierpark 28, Eintrittspreis: 10 Euro, ermäßigt 8 Euro**

Kartenvorverkauf: jeden Mittwoch ab 12.30 Uhr

Franz-Mehring-Platz 1 oder telefonisch: 030 97 123 17

Bjoern Tielebein: IGA 2017 sozial gestalten

Das die Internationale Gartenausstellung Formen annimmt, kann jede Besucherin und jeder Besucher des Wuhletals inzwischen mit eigenen Augen sehen. Die Bau- und Gestaltungsarbeiten sind in vollem Gange, und nicht zuletzt die vielfachen Informationsangebote der IGA haben großes Interesse bei den Bewohnerinnen und Bewohnern von Marzahn-Hellersdorf an diesem Großevent in unserem Bezirk geweckt. Kritische Sichtweisen auf die Umgestaltung der Grünanlagen des Kienbergs und des Wuhletals gehen einher mit Freude über nachhaltige Entwicklungschancen des bezirklichen Idylls.

Unsere BVV-Fraktion begleitet die Entstehung der IGA von Anbeginn. Gemeinsam mit anderen Fraktionen haben wir im Umwelt- und Naturschuss die berlinweit einmaligen und in Fachkreisen beachteten „Leitlinien“ für eine soziale und ökologisch nachhaltige Gartenausstellung erarbeitet und durchgesetzt. Sie sind Richtschnur für die Macher*innen der IGA. Der Bezirk konnte so direkten Einfluss auf die Ausgestaltung dieser Großveranstaltung nehmen.

Aber auch die Befürchtungen vieler Bürger*innen, der Kienberg würde im Zuge der IGA kostenpflichtig in den Marzahn-er-

holungspark integriert werden, haben wir ernst genommen. Die Linksfraktion machte die dauerhafte Übergabe der Flächen an die Grün Berlin GmbH öffentlich und setzte einen BVV-Beschluss durch, der die freie Zugänglichkeit der 2017 genutzten Flächen des Kienbergs und des Wuhletals nach der IGA vorsieht. Ursprünglich sollte die Abgabe des Geländes seitens des Bezirksamtes nicht-öffentlich erfolgen – eine unverständliche Angelegenheit, wenn man das große Interesse der Bürger*innen unseres Bezirkes an einem freien Wuhletal bedenkt.

Im September 2015 konnten wir nun auch einen BVV-Beschluss erwirken, der das Bezirksamte auffordert, bis Ende 2015 einen konkreten Termin zum Rückbau der Zäune nach Abschluss der Internationalen Gartenausstellung zu benennen.

Ein weiterer Baustein unserer Begleitung dieses Großprojektes wird nunmehr die Diskussion um sozialverträgliche Eintrittspreise



Forderungen stellen, damit die IGA 2017 ein einmaliges und spannendes Erlebnis für alle wird.

sein. Die IGA hat erst kürzlich ihre Planungen hierzu veröffentlicht. Unsere Fraktion fordert in einem noch nicht in der BVV abgestimmten Antrag, diese zu überarbeiten und weitere soziale Abfederungen in die Preisgestaltung einzubauen.

Die IGA bietet für unseren Bezirk große Chancen. Diese für alle Bürgerinnen und Bürger sichtbar zu machen und überall dort Einfluss zu nehmen, wo Interessen der Menschen in Marzahn-Hellersdorf berührt sind, ist nicht nur Aufgabe von Naturschutzverbänden und engagierten Bürgern und Bürgerinnen, sondern eben auch der bezirklichen Politik. Wir werden daher weiter kritisch und konstruktiv Nachfragen und

Tag der Regional- und Heimatgeschichte

Der Heimatverein Marzahn-Hellersdorf e.V. hat seinen diesjährigen Tag der Regional- und Heimatgeschichte unter das Thema „Bevölkerung, Besiedelung, Migration“ gestellt.

Mit dazu gehaltenen Vorträgen wurde ein weiter historischer Bogen geschlagen.

Die Vortragsreihe wurde eröffnet mit der Darstellung der frühgeschichtlichen Einwanderungen in das Wuhletal auf der Grundlage der archäologischen Grabungen in diesem Gebiet des Bezirkes.

Die nachfolgenden Beiträge befassten sich mit der neueren Zeitgeschichte, deren Spuren bis heute sichtbar sind und die sich bis in die Gegenwart prägend auswirkt.

Das betrifft die Vorstadtbesiedelung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die zwangsweise Ansiedelung von Sinti und Roma in der NS-Zeit, die Flüchtlingsströme und Umsiedler nach dem Ende des 2. Weltkrieges, die Entwicklung der Großsiedlung im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes, das Zusammenleben mit den vietnamesischen Vertragsarbeitern, den Spätaussiedlern aus

Russland und den Kriegsflüchtlingen aus Krisengebieten nach 1990.

Die Veranstaltung hat den Teilnehmern deutlich gemacht, dass unser Bezirk in vielfältiger Weise von Zuzug geprägt ist und manche dieser Migrationen mit vergleichsweise größeren Herausforderungen an die Gesellschaft und Verwaltung verbunden waren und bewältigt worden sind.

Der Heimatverein wollte vor diesem historischen Hintergrund einen Beitrag zur sachlichen Diskussion in der aktuellen Situation der Aufnahmen von Flüchtlingen und Asylbewerbern auch in unserem Bezirk leisten.

Die Vorträge der Veranstaltung werden wiederum in der Schriftenreihe „Beiträge zur Regional- und Heimatgeschichte“ als Heft 13 veröffentlicht.

Die Hefte der Schriftenreihe können in den örtlichen Buchhandlungen und beim Bezirksmuseum erworben werden.

C. Reise

Aus den Siedlungsgebieten:

Wie steht es um das Areal des Wernerbades?

Nachdem im Jahre 2002 das älteste Berliner Freibad aus hygienischen Gründen geschlossen wurde und seitdem nicht mehr genutzt werden kann, ist rund um das ehemalige einzige Freibad des Bezirks Ruhe eingekehrt. Nachdem alle Bemühungen gescheitert waren, hier noch eine Badestelle zu sichern, wurde im Jahre 2011 ein Bebauungsplan für das Areal rund um das einst im Jahre 1905 gegründete Freibad aufgelegt. Das im Besitz der Berliner Bäderbetriebe befindliche Gelände soll an einen Investor veräußert und perspektivisch für eine Sozialeinrichtung genutzt werden. Das Abgeordnetenhaus hatte am 13.6.2013 die Entwidmung des Wernerbades als Sportfläche beschlossen. Dieser Schritt war notwendig, um eine neue Nutzung zu ermöglichen. Es liegt gegenwärtig ein Nutzungsvorschlag zur Errichtung einer Wohneinrichtung für Demenzzranke vor. Gleichzeitig besteht laut Bezirksamt das Ziel der Erhaltung des Biotops im nördlichen Bereich des Wernersees. Für den am 9.8.2011 vom Bezirksamt beschlossenen Bebauungsplan wurde die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, der Träger der öffentlichen Belange durchgeführt und im Rahmen der vorgetragenen Hinweise, Anregungen und Bedenken im Grundsatz aufrecht gehalten. Nun gibt es insbesondere durch Bündnis 90/Die Grünen in der BVV die Bemühungen, das Areal des Wernerbades als öffentliche Grünanlage zu nutzen. Wie weit bei diesen Bemühungen noch Platz für die beabsichtigte Nutzung einer Einrichtung für Demenzzranke bleibt, ist völlig unklar. Denn wer sich einmal mit dem Krankheitsbild Demenz befasst hat,

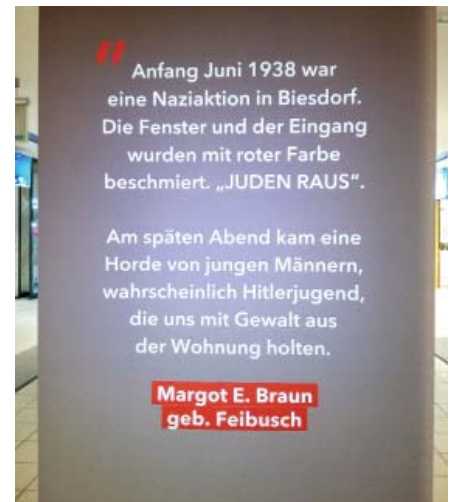
der weiß, dass hier klare Abgrenzungen des Geländes und der Räumlichkeiten notwendig sind. Wenn das Leben daheim zu beschwerlich oder unsicher wird, kann eine Wohnanlage mit betreutem Wohnen eine Lösung sein. Ein Konzept des betreuten Wohnens für Demenzzranke sieht vor, dass die Wohnungen eines Hauses oder eines Häuserkomplexes seniorengerecht gestaltet werden und dass geschultes Personal direkt vor Ort zur Verfügung steht. Wie das funktionieren kann, zeigen Beispiele von Servicehäusern, wo betreutes Wohnen für Demenzzranke mit ambulanter 24-Stunden-Pflege oder Tagespflege verknüpft wird. Solche Einrichtungen bieten den demenzzranke Menschen Service, der ihnen das Leben in einer eigenen Wohnung ermöglichen soll. Dazu zählen Gedächtnistraining und Betreuungsgruppen. Demenzzranke Menschen können so mit Unterstützung von Angehörigen und Freunden oft noch lange in einer Wohnung leben. Es eignet sich auch zum Beispiel für Ehepaare, bei denen ein Partner demenzzranke wird. Das Paar kann hier weiterhin zusammenwohnen und ein weitgehend eigenständiges Leben führen. Sie können sich individuell versorgen oder die Gemeinschaftseinrichtungen in Anspruch nehmen. Ich werbe dafür, das entstandene Biotop zu bewahren und es zugleich Menschen, die an Demenz erkrankt sind, zur Verfügung zu stellen. Die Bewahrung der Natur und der Schutz von Demenzzranke müssen sich nicht widersprechen.

Klaus-Jürgen Dahler
Bezirksverordneter

Biesdorf 1933 – 1945

Alltag, Verfolgung, Widerstand – ein historischer Spaziergang

Der 9. November ist in der deutschen Geschichte mehrfach und widersprüchlich belegt. In diesem Jahr fällt er auf einen Montag, Gelegenheit für einen heimatgeschichtlichen Spaziergang. Dieser beginnt am Gebäude der Gaststätte „Paule“. Der Fachwerkbau der bisher ältesten in Betrieb befindlichen Gaststätte Biesdorfs wird einem Discounter weichen, weil sich Eigentümer und Bezirksamt nicht einigen konnten



Dies war zu sehen in der bezirklichen Ausstellung „Marzahn-Hellersdorf 1933 bis 1945“ im Mai dieses Jahres im Spreecenter.

Foto: Y. Rami

und Denkmalschutzwürdigkeit nicht erkannt wurde. Immerhin begann hier die Geschichte des Garten- und Obstbauvereins und damit der „Biesdorfer Blütenfeste“. Biesdorf am Anfang des 20. Jahrhunderts hatte sich vom Bauerndorf zur Siedlung im Grünen entwickelt. In jedem Frühjahr strömten Berliner, vor allem aus den Arbeiterbezirken des Ostens, hierher, zogen vorbei an blühenden Obstgärten, tranken Obstwein, kochten mitgebrachten Kaffee oder Muckefuck, „Werder des Ostens“ war mehr als nur eine Werbeidee. Mit dem Machtantritt der Nazis änderte sich der Alltag, wenn auch das Freizeitleben zunächst weiter blühte. Doch wo war die jüdische Arzt, der eben noch praktizierte, auch andere Menschen verschwanden, manche versteckten sich, andere – an die ich passend zum Datum erinnern möchte – halfen ihnen. Im Schlosspark gab es Vergnügen, während im Schloss diejenigen saßen, die den Terror organisierten bzw. ausführten ...

Treff: am 9.11.2015, 10.30 Uhr
S Biesdorf, vor der Gaststätte „Paule“
Dauer ca. 2 ½ – 3 Std.
Preis inkl. Führung 5,- €. Leser/innen der „Maheli“ zahlen nur 3,- €.

Frank Beiersdorff

Zur Person: Loay Alhamedi

Loay Alhamedi ist 22 Jahre alt und kam im März nach Berlin. Er lebt in einer Gemeinschaftsunterkunft in Marzahn-Hellersdorf und ist freiwilliger Helfer in der Notunterkunft für Geflüchtete der Volkssolidarität.

Vor seiner Flucht studierte Loay Wirtschaftswissenschaften an der Tishrin-Universität im syrischen Latakia. Weil er an Demonstrationen der Opposition teilnahm, wurde er von der Regierung gesucht. Daher entschloss er sich 2012, in seine Heimatstadt ar-Raqqa zurückzukehren und dort als Netzaktivist tätig zu werden. Später engagierte sich Loay auch als Freiwilliger bei der Stadtverwaltung von Tall Abyad. Er verteilte Essen, baute Schulen auf und sammelte Spenden für Geflüchtete aus anderen Teilen Syriens. Als der IS das Gebiet unter seine Kontrolle brachte, musste Loay in die nahegelegene Türkei fliehen, da der IS einige seiner Kollegen, die ebenfalls als Netzaktivisten tätig waren, umbrachte. Ein Jahr lang half er dort Geflüchteten aus Syrien. In einer Diskussion mit Mitgliedern der Freien Syrischen Armee, die zusammen mit der PKK gegen den IS kämpft, kritisierte er, dass die PKK nur kämpft, um das Land zu erobern und nicht um die Menschen zu befreien. Anschließend wurde er auf offener Straße von PKK-Anhängern mit Messern angegriffen. Da-



raufhin verließ Loay die Türkei. Nun selbst ein Geflüchteter, kam er nach Berlin, da er Freunde hat, die hier leben. Als er im Spätsommer von der akuten Not bei der Unterbringung der Geflüchteten hörte, entschied er sich aufs Neue, zu helfen – zunächst in der Notunterkunft im Glambecker Ring. Von Anfang an ist Loay als Helfer in

der Notunterkunft der Volkssolidarität in der Bitterfelder Straße dabei und tut das, was er auch in Syrien und der Türkei getan hat. Er ist fast jeden Tag vor Ort und ist mittlerweile zu einem wichtigen Mitglied der Gruppe der Freiwilligen geworden. Seine Arbeit als Übersetzer wird dringend benötigt.

Für die Zukunft wünscht sich Loay, an einem intensiven Deutschkurs teilnehmen zu können. Denn die Sprache zu lernen, ist ihm besonders wichtig. Wenn das geschafft ist möchte er wieder studieren. Diesmal Psychologie – ein Fach, das ihn seit seinen Erlebnissen im Kriegsgebiet und auf der Flucht interessiert. Bis dahin wird er weiterhin anderen Menschen helfen und die Arbeit in der Notunterkunft unterstützen.

Christian Schwinge

Kahlschlag Novemberwind beraubt hohen Stolz der Bäume

Janina Niemann-Rich

Aus Marzahn-Hellersdorfer Geschichte und Berliner Notizbuch geplaudert

Unter dem Titel „Marzahner Geschichten von heiter bis ernst“ unterhielt Wolfgang Brauer, Wahlkreisabgeordneter und Vorsitzender des Heimatvereins Marzahn-Hellersdorf e.V., am 1. Oktober Seniorinnen und Senioren in der gut besuchten Heinrich-von-Kleist-Bibliothek in Marzahn-Nord bei einem gemeinsamen Frühstück im Rahmen des Projekts „Gemeinsam statt einsam“. Dieses hat sich mit der Unterstützung von Ehrenamtlichen, Kiek in e.V., Degewo und Bezirksamt über die Förderzeit aus dem Programm Sozialer Stadt gerettet.



Es ging launig zu beim thematischen Frühstück: Wolfgang Brauer in Aktion ... Foto: Sabine Behrens

Einmal monatlich finden thematische Frühstücksrunden an wechselnden Orten des Stadtteils statt, um diese auch bei den Menschen bekannter zu machen. Jede und Jeder ist willkommen beim Mitmachen oder auch „nur“ Frühstücken. Unsere Mitglieder Marianne Sanft und Günter Beckert gehören zu den Organisatoren. Locker und amüsant, nicht ohne gelegentlichen Wink mit dem Zaunpfahl Richtung Po-

litik, klärte Wolfgang Brauer die Anwesenden auf, dass die Marzahner eigentlich Sumpfbewohner sind, Hellersdorf nur ein Schafstall

mit ein paar Gehöften war, dass Marzahn eigentlich Kaulsdorf heißen sollte, der damalige Staatsratsvorsitzende Erich Honecker die Arbeiterklasse aber nicht in einem Dorf wohnen lassen konnte, und vieles Interessante mehr war zu erfahren. Vom Schloss Biesdorf, von baulichen und organisatorischen Schulproblemen, über die Historie von Straßennamen und mehr. In den Publikationen des Heimatvereins gibt es mehr zu erfahren.

Dass Wolfgang Brauer eine spitze Feder führen kann, stellte er am 14. Oktober im Berliner Tschechow-Theater unter Beweis. Seit ca. 5 Jahren verfasst er „Berliner Notizen“ zu Begebenheiten und Auffälligkeiten, zu Politik, Geschichte und Kultur, „die es nicht in die Schlagzeilen der großen Zeitungen geschafft haben“. Das ist seine „Therapie für den Alltag“. Da „gießt er den alltäglichen Ärger um“ und lässt eine nicht geringe Leserschaft via Internet teilhaben. Nachzulesen unter http://www.wolfgang-brauer.de/publiziert/berliner_notizen/

Eine sichtlich aufmerksame und amüsierte Zuhörerschaft dankte dem Publizisten Brauer für dessen Notizen über die Gemeinsamkeiten von Wasserbetrieben und Geheimdiensten, das Sankt-Florians-Prinzip, die Berliner Straßenbahn, „unser aller Knut“, Geheimnisvolles aus dem Reichstag und mehr.

Sabine Behrens



Treffen in Wahlkreisen

» **9.11.**, 19 Uhr, Gesamtmitgliederversammlung **WK 2** mit Manuela Schmidt (MdA), Wahlkreisbüro, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **25.11.**, 19 Uhr, Gesamtmitgliederversammlung **WK 1** mit Wolfgang Brauer (MdA), Nachbarschaftshaus Kiek in, Rosenbecker Str. 25/27, 12689 Berlin, Gast: **Christiane Reymann**, Journalistin und Publizistin, **Thema:** Ursachen und Folgen der aktuellen Flüchtlingsbewegungen

„Rotes Sofa“

» **18.11.**, 18.30 Uhr, Abgeordnetenbüro Kittler & Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin, Manuela Schmidt und Regina Kittler laden ein zum Gespräch mit **Dr. Bärbel Schindler-Saefkow**, Historikerin und Mitglied des Internationalen Ravensbrück-Komitees, über die Kinderweihnacht im Konzentrationslager Ravensbrück 1944

Frauentreffen

» **23.11., 17 Uhr**, „HellMa“, Marzahner Promenade 41, 12679 Berlin, 17 Uhr Vernissage, zu der alle Frauen eingeladen sind, und danach findet die Frauenrunde - ab 18 Uhr - statt.

Diskussionsabend

» **26.11.**, 19 Uhr, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, Kosten 2,00 Euro, Diskussionsabend zum **Thema:** Geheimdienste außer Kontrolle. Sind die Geheimdienste zu kontrollieren oder sind sie außer Kontrolle? Geheimdienste abschaffen oder reformieren? Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahn-Hellersdorf im Verein Helle Panke e.V.

Hauptversammlung

» 28.11., 10-18 Uhr, 1. Tagung der 5. Hauptversammlung DIE LINKE Marzahn-Hellersdorf, Alte Börse Marzahn, Zur Alten Börse 59, 12681 Berlin, u.a. Wahl von Bezirksvorstand, Bezirksfinanzrevisionskommission, Bundesparteitag delegierten 2016/2017, Mitgliedern des Landesausschusses

Gabriele Hiller lädt ein

» **2.12.**, 18 Uhr, Gabriele Hiller lädt ein: Vernissage zur Ausstellung unter dem Motto „Frei sein“ von und mit dem Maler und Schriftsteller Matthias Hartje, Wahlkreisbüro Teterower Ring 41, 12619 Berlin

Hinten links:**Immer wieder Greece**

Die meisten außereuropäischen Flüchtlinge dringen über das Mittelmeer kommend durch die griechische Grenze in den Schengen-Raum ein.

Griechenland soll nach EU-Kommissionsbeschluss erst im November die nächste Zwei-Milliarden-EURO-„Spritze“ erhalten.

Anfang 1945 berechnete das deutsche NS-Regime selbst seine „Schuld des Reiches gegenüber Griechenland“ auf 476 Millionen Reichsmark.

Der Regierung der BRD gelang im „Abkommen über deutsche Schulden“ bereits 1953 deren Begleichung de facto auf den St. Nimmerleinstag zu vertagen; die heutige bestreitet griechische Ansprüche gänzlich.

Frage

Wie werden die EU-Staaten in der Flüchtlingskrise zueinanderfinden – oder schaffen dies nur die europäischen Rechten?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» **6.10., 20.10., 3.11.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **4.11. und 2.12.** jeweils 18 Uhr, BO Biesdorf/Marzahn-Süd, Wahlkreisbüro R. Kittler & M. Schmidt, H.-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **5.11. und 3.12.** jeweils 19.30 Uhr, BO Marzahn, Stadtteilzentrum, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **12.11. und 3.12.** jeweils 19.30 Uhr, BO Hellersdorf, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

Sprechstunden

» **Wolfgang Brauer** (MdA), **10.11., 24.11.** jeweils 18-20 Uhr, **4.12.**, 11-13 Uhr, Wahlkreis-Büro, Havemannstraße 24, 12689 Berlin

» **Dr. Gabriele Hiller** (MdA), **9.11.**, 17.30 Uhr, WK-Büro, Teterower Ring 41, telef. Anmeldung unter 030 23252586

» **Regina Kittler** (MdA), **11.11., 2.12.** jeweils 16-17 Uhr, **18.11.**, 15.30-16.30 Uhr, Wahlkreisbüro, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Petra Pau** (MdB): **18.11.**, 10-12 Uhr, WK-Büro, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, 15-17 Uhr, STZ Marzahn-NordWest „Kiek in“, Rosenbecker Str. 25-27, 12689 Berlin, telefonische Anm.: 030 99289380

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdA), **9.11., 23.11.** jeweils 18-19 Uhr, Wahlkreisbüro, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

Abgeordnetenbüros

» **Dr. Gabriele Hiller** (MdA), Teterower Ring 41, 12619 Berlin (direkt hinter dem Spree-Center): mo 16-18, di 14-16, mi/do 10-13 Uhr

» **Wolfgang Brauer** (MdA), Havemannstr. 24, 3. Etage, 12689 Berlin (Ärztelhaus): di 18-20 Uhr, fr 11 - 13 Uhr, Tel. 030 97891950

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdA), Tel. 030 54980323 und **Regina Kittler** (MdA), Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Pl. 7, 12681 Berlin

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: Mo 16-18 Uhr, Di 9-12 Uhr, Mi 15 -17 Uhr, Do 15-18 Uhr (außer am Sitzungstag der BVV), Telefon 030 902935820, E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12

(Telefon: 030 5412130/030 9953508 - Telefax: 030 99901561)

Montag: 13 - 17 Uhr

Dienstag: 10 - 17 Uhr

Donnerstag: 13 - 18 Uhr

Freitag: 10 - 13 Uhr

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin
fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 02.11.2015. Auslieferung ab: 03.11.2015. **Druck:** Eigendruck. **Marzahn-Hellersdorf links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 03.12.2015 und 06.01.2016.